

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



**KOMMUNALWAHL 2009**

**GRÜNES**

**PROGRAMM**

**2009-2014**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Stadtverband Chemnitz  
Theaterstraße 76 (Hinterhaus)  
09111 Chemnitz  
Telefon: (0371) 41 99 46  
[info@gruene-chemnitz.de](mailto:info@gruene-chemnitz.de)  
[www.chemnitz-gestalten.de](http://www.chemnitz-gestalten.de)

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Chemnitz entwickelt sich gut. Das neue Stadtzentrum wächst, die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen, die Wirtschaft hat sich stabilisiert, die Steuereinnahmen sind gestiegen. Aber es sind Probleme geblieben: weniger Einwohner, weniger junge Familien, 30.000 leere Wohnungen. Die Stadt steht angesichts der globalen Krisen vor schwierigen Herausforderungen.

Einwohnerückgang bedeutet auch weniger Geldzuweisungen durch den Freistaat Sachsen. Dadurch wird es immer schwieriger, unsere Schulen und Kindertageseinrichtungen, Grün- und Erholungsflächen, Museen, Theater und das Haus Tietz zu finanzieren. Es bedarf großer Anstrengungen, damit unsere Stadt bunt und lebenswert bleibt.

Der Einwohnerückgang führt zu einem hohem Leerstand. Abriss von denkmalgeschützter Bausubstanz hat das Stadtbild schwer beschädigt. Die breite Diskussion, gemeinsames Handeln und Ideen haben zu einer Trendänderung geführt. Der Abriss stadtbildprägender Gebäude in der Innenstadt und den Gründerzeitgebieten muss in Zukunft verhindert werden.

In den letzten Jahren wurde aber auch deutlich, dass unserer Stadt und damit ihren Bürgerinnen und Bürgern viel Geld durch mangelnde Personal- und Sachausstattung sowie unzureichende Kontrolle in der Verwaltung verloren ging, Geld, welches wir dringend benötigt hätten für die Sanierung von Schulen und Kindergärten, zur Finanzierung unserer Kultureinrichtungen, für das grüne Band entlang der Chemnitz, die Neugestaltung der Einfallstraßen und die Citybahn.

Wir wollen gemeinsam mit Ihnen Chemnitz gestalten: ökologisch, solidarisch, nachhaltig, weltoffen und zukunftsorientiert. Nur mit einer starken Fraktion im neuen Stadtrat können wir Ihre Interessen vertreten.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten sowie eine Hörfassung unseres Programms finden Sie unter [www.chemnitz-gestalten.de](http://www.chemnitz-gestalten.de).

Machen Sie mit!

Thomas Lehmann  
Sprecher des Stadtverbandes

## **Kapitelübersicht**

Grüne Bilanz 2004 - 2009	4
Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutz	6
Wirtschaft, Arbeit und Finanzpolitik	9
Stadtentwicklung und Mobilität	11
Soziales, Jugendhilfe und Chancengleichheit	14
Bildung, Kunst, Kultur und Sport	17
Demokratie und Bürgerrechte	19

---

## **Grüne Bilanz 2004 – 2009**

2004 zogen nach Steigerung unseres Wahlergebnisses auf 6,1 Prozent drei GRÜNE in den Stadtrat Chemnitz ein (Annekathrin Giegengack, Volkmar Zschocke, Dominik Zschocke). Nach 5 Jahren können wir auf eine intensive kommunalpolitische Arbeit zurückblicken. Obwohl wir aufgrund unserer Fraktionsgröße nicht in allen Ausschüssen vertreten waren, gibt es kaum ein politisches Handlungsfeld, in dem wir nicht aktiv geworden sind - sei es mit eigenen Anträgen an den Stadtrat und Ratsanfragen oder öffentlichen Beiträgen und Veranstaltungen. Viele der von uns eingebrachten Anträge waren erfolgreich. Hier ausgewählte Grüne Stadtratsinitiativen aus verschiedenen Bereichen (vollständiger Überblick [www.gruene-chemnitz.de/themen](http://www.gruene-chemnitz.de/themen)):

**Wirtschaft:** Unsere Anträge zur Korruptionsprävention und -bekämpfung führten zur Erarbeitung eines Antikorruptionskonzeptes, zur Bestellung eines externen Korruptionsbeauftragten sowie zur Aufklärung von Unregelmäßigkeiten bei Tiefbauarbeiten am Südring. Dass nun der Straßenbaugigant STRABAG eine dreiviertel Million zu Unrecht erhaltener Mittel an Chemnitz zurückzahlte, zeigt, dass sich beharrliches Engagement gegen Betrug und Korruption lohnt.

**Kultur:** Hier waren wir z.B. wir mit unserer Forderung nach einem Zukunftskonzept für die Theater GmbH erfolgreich.

**Klimaschutz:** Unserem Antrag, ein kommunales Klimaschutzprogramm zu erarbeiten, stimmte der Rat zu. Ein solches Programm ist überfällig, denn in Chemnitz steigen die CO<sub>2</sub>-Emissionen, anstatt zu sinken. Breite Unterstützung fanden wir auch mit unseren Anträgen zur Förderung von Bürgersolaranlagen auf kommunalen Dächern, zur Einrichtung einer Chemnitzer Solardachbörse sowie für einen Mustervertrag für Solaranlagen an kommunalen Gebäuden. Klimaschutz beginnt z.B. schon beim Papier: Dieser Einsicht folgte der Chemnitzer Rat und beschloss auf unseren Antrag hin, in Verwaltung, Schulen und städtischen Betrieben so weit wie möglich Recyclingpapier zu verwenden.

**Umweltschutz:** Dreiviertel der Bundesbürger lehnen gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. Zwar wird die grüne Gentechnik von der CDU in Sachsen sehr gefördert, wir konnten uns jedoch im Stadtrat mit unserem Antrag zur Einrichtung einer Gentechnikfreien Region Chemnitz durchsetzen.

**Kommunale Demokratie:** Hier diskutierten wir z.B. mit Vereinen, Bürgerinitiativen und Ortschaftsräten den grünen Entwurf einer Bürgerbeteiligungssatzung. Die Ergebnisse wollen wir in die Verhandlungen zur Hauptsatzung der Stadt Chemnitz zu Beginn der neuen Legislatur einbringen.

---

**Kinderschutz:** Der Stadtrat stimmte unserem Antrag mehrheitlich zu, in Chemnitz Programme zu fördern, die unsere Kinder besser über sexuellen Missbrauch aufklären und ihre Selbstbehauptungskräfte und Abwehrkompetenzen stärken. Anlass war ein CDU-Antrag zur Videoüberwachung an Spielplätzen, welcher abgelehnt wurde.

**Verkehr:** Mobilität für Alle bedeutet nicht freie Fahrt für Autos: Unser Antrag zur Verbesserung der Bedingungen für Fußgänger wurde vom Rat - trotz Unterstützung durch Seniorenbeirat, Stadtverwaltung, Oberbürgermeisterin und SPD knapp abgelehnt. Die Antragsgegner einte die Sorge, dass mehr Qualität für Fußgänger zur Behinderung von Autofahrern führen könnte. Unserem Beschlussantrag zur Erarbeitung eines Radverkehrsförderungskonzeptes schloss sich der Stadtrat jedoch in Mehrheit an. Auch unsere Forderung nach einem Verkehrsberuhigungskonzept für das Umfeld des Autobahnzubringers West fand eine Mehrheit. Die Umsetzung dieser Beschlüsse werden wir in der nächsten Legislatur kontrollieren.

**Soziales:** Eine Mehrheit fand z. B. unser Antrag, die Wohnraumversorgung für Hartz IV-Empfänger mit dem Stadtumbau in Einklang zu bringen fand. Anlass war das Vorhaben der Verwaltung, die Wohnraumzuschüsse zu senken, obwohl Hilfeempfänger mit den gekürzten Mitteln nach Stadtumbau und Sanierung kaum noch bezahlbaren Wohnraum finden werden. Das Vorhaben der Verwaltung wurde fraktionsübergreifend abgelehnt. Mit einer anderen Stadtratsinitiative sicherten wir z.B. das Überleben der Bahnhofsmission, da sich der Freistaat aus der Finanzierung zurückgezogen hatte.

**Gleichbehandlung:** Auf unsere Initiative hin beschloss der Rat, dass in Chemnitz die Gebühren für die Eintragung einer Lebenspartnerschaft die Gebühren für eine Eheschließung nicht übersteigen dürfen.

---

## **Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutz**

### **Klimaschutz**

Im Juni 1992 beschloss der Stadtrat den Beitritt zum „Klimabündnis europäischer Städte“. Die Klimabündnismitglieder verpflichten sich, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren. Langfristig streben die Klima-Bündnis-Städte eine Verminderung ihrer Treibhausgasemissionen auf ein nachhaltiges Niveau von 2,5 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Einwohner an. Dieses Ziel ist für Chemnitz noch in weiter Ferne. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich deshalb weiter konsequent dafür ein, dass die Klimaschutzpotentiale in den kommunalen Handlungsfeldern Energie, Verkehr, Stadtplanung und Stadtentwicklung, Abfall- und Abwasserwirtschaft sowie Beschaffungswesen erschlossen und mit Maßnahmen untersetzt werden. Für private Haushalte, Industrie und Gewerbe muss die Stadt als „Berater und Promotor“ im Klimaschutz fördern und beim Einsatz erneuerbarer Energien und bei der Anschaffung von hochenergieeffizienten Geräten, Fahrzeugen und Leuchtmitteln mit gutem Beispiel vorangehen. Kommunale Dachflächen sind zur Energieerzeugung bzw. -substitution zu verwenden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass die absehbaren Folgen des Klimawandels für die Bereiche Forst / städtischer Baumbestand, Wasser / Abwasser und biologische Vielfalt intensiv diskutiert werden. Als Vorsorgeprinzip gilt es bereits jetzt, angepasste Handlungsstrategien zu entwickeln. Chemnitz besitzt größere Waldflächen. Der Klimawandel stellt neue Anforderungen an die Bewirtschaftung unseres Waldes und die Entwicklung und Pflege des Stadtbaumbestandes. Die Bewirtschaftung unserer Waldgebiete erfolgt nach dem international bedeutsamen FSC-Standard. Wir wenden uns gegen Kahlschläge über 0,5 Hektar und für die Belassung von mindestens 10 Prozent der Altbäume eines Schlags. Die natürliche Verjüngung ist gegenüber Neupflanzungen zu fördern. Bei der Auswahl der Gehölze ist der Klimawandel mit zunehmender Trockenheit und Wärme zu beachten. Bei Baumpflanzungen sollen nur standort- und klimaanangepasste Arten gepflanzt werden. Ausgleichspflanzungen und Ausgleichsmaßnahmen für Straßenbaumaßnahmen sollten mit Blick auf die Folgekosten der Pflege vorwiegend außerhalb vom Straßenraum erfolgen.

### **Umwelt- und Naturschutz**

Die Natur ist in ihrer Vielfältigkeit die Lebensgrundlage aller Menschen. Zerschneidung, Zersiedlung und Versiegelung von Lebensräumen haben zu einem Rückgang der Artenvielfalt auch in unserer Stadt geführt. Die Folgen der Ausräumung der Landschaft, von Bodenverdichtung und Anreicherung von Schadstoffen sind Hochwasser sowie die Belastung von Wasser und Lebensmitteln.

---

Unsere Fluss- und Bachauen sind wichtig als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als Speicherraum für den Hochwasserschutz. Wir treten für ein konsequentes Renaturierungsprogramm unserer Fließgewässer ein. Zum Schutz des Bodens muss ein Teil der Ausgleichsmaßnahmen als Entsiegelung total versiegelter Flächen erfolgen.

Grünanlagen, Bäume, Sträucher und Fassadenbegrünung einer Stadt dienen dem Wohlbefinden der Menschen, sind Rückzugsgebiete für Tiere und Pflanzen, stärken den Biotopverbund und verbessern das Klima der Stadt. Grünpflege und Baumschutz stehen immer im Spannungsfeld zwischen Kosten und den ökologischen bzw. naturschutzfachlichen Anforderungen. Naturschutz ist nicht zum Nulltarif zu haben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass intensive Grünpflege ausschließlich auf Flächen mit konkreter Nutzungsbindung und auf repräsentativen Anlagen betrieben wird, was naturnahen Rückbau und naturnahe Pflege von bisher intensiv gepflegten Flächen einschließt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Planung und Pflege von Grünanlagen gemeinsam im städtischen Grünflächenamt verbleiben. Die Planung hat dem Klimawandel und einer nachhaltigen Grünflächenpflege Rechnung zu tragen. Um den Aufgaben der Grünpflege stärker entsprechen zu können, ist das gärtnerische Personal von Reinigungsarbeiten und Winterdienst zu entlasten. Wir sind für die Übertragung dieser Aufgaben in den Abfall- und Stadtreinigungsbetrieb der Stadt. Auch in der Grünpflege ist Bürgerbeteiligung möglich. Wir wollen Initiativen wie Baumpatenschaften, Balkonwettbewerbe, Brunnenpatenschaften, Dach- und Fassadenbegrünungen oder die kreative Nutzung von im Ergebnis des Stadtumbaus neu entstehenden Grünbereichen durch die Bürgerinnen und Bürger unterstützen und durch entsprechende Anträge im Stadtrat befördern.

Das Aufbringen von Naturschutzheu auf neu anzulegende Grünflächen sorgt nicht nur für das kostengünstige Verbreiten einheimischer Pflanzen, es schafft auch neue Lebensräume für einheimische Tiere, kommt weitestgehend ohne Mutterboden aus und ist pflegearm. Die bisher mit der Mähgutübertragung erreichten Erfolge sollten weitere Flächeneigentümer zur Nachahmung ermuntern. Im Rahmen eines städtischen Projektes „Blumenwiesen statt Einheitsrasen“ wollen wir Anreize schaffen, dieser nachhaltigen Begrünung von Flächen den Vorrang zu geben.

Vorhandene Brunnen, auch wenn sie kostenintensiv sind, sind an zentralen öffentlichen Plätzen und in Wohngebieten zu erhalten. Sie verbessern nicht nur das Mikroklima, sondern sind als Treff- und Kommunikationspunkte wichtig für die Lebensqualität in unserer Stadt.

---

Die Belastung der Bevölkerung durch niederfrequente elektrische Felder, hervorgerufen durch Mobilfunkstationen, muss kontinuierlich überprüft werden. Wir fordern die verbindliche Bürgerbeteiligung bei der Errichtung neuer Anlagen. Sendeanlagen auf öffentlichen Gebäuden sollen den jetzt geltenden Grenzwert um den Faktor 10 unterschreiten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind für ein Verbot der Errichtung von Sendeanlagen im Umkreis von Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern.

## **Tierschutz**

Der Tierschutz muss in unserer Stadt eine größere Aufmerksamkeit erhalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass das Tierheim in Zukunft von der Kommune ausreichend finanziell unterstützt wird. Bei der Genehmigung von Tierschauen ist noch stärker der Tierschutzgedanke zu berücksichtigen. Wir werden uns auch weiterhin dafür stark machen, dass in Chemnitz nur Zirkusunternehmen gastieren, die entsprechend der Zirkusleitlinie und ihrer Zusatzprotokolle keine Wildtiere mitführen.

Der Tierpark Chemnitz ist eine öffentliche Natur- und Umweltbildungseinrichtung. Die Modernisierung und Vergrößerung von Gehegen muss zügig vorangebracht und entsprechend finanziert werden. Die Eintrittspreise müssen so ausgestaltet sein, dass auch sozial schwache Familien dieses Angebot nutzen können. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädieren dafür, dass Kinder von Eltern mit Chemnitzpass freien Eintritt erhalten.

Der Tierpark ist ein guter Ort, um wichtige umweltpolitische Inhalte zu thematisieren. Das Informationssystem im Tierpark ist dahingehend zu überarbeiten. Die Zusammenarbeit mit den anderen städtischen Umweltbildungseinrichtungen wie Botanischer Garten, Naturkundemuseum, Umweltzentrum, aber auch mit Umweltverbänden soll ausgebaut werden. Wir unterstützen eine Entwicklungskonzeption, die Artenschutz, Präsentation ganzer Ökosysteme und Sensibilisierung der Öffentlichkeit in Bezug auf die Gefährdungen der Biodiversität in den Vordergrund stellt.



---

## **Wirtschaft, Arbeit und Finanzpolitik**

### **Wirtschaft und Arbeit**

Ökologie und Ökonomie stehen nicht im Konflikt zueinander, denn umweltverträgliches und nachhaltiges Wirtschaften schont unsere natürlichen Lebensgrundlagen und ökologische und soziale Innovationen schaffen Arbeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für kommunale Wirtschaftsförderung ein, die auf die Schaffung von zukunftsfähigen, klimaverträglichen Unternehmen und Arbeitsplätzen gerichtet ist.

Wir wollen, dass sich nachhaltige Produktionsverfahren durchsetzen. Dazu müssen die Unternehmen frühzeitig als Partner gewonnen werden. Wir wollen, dass Chemnitz sich am ÖKOPROFIT-Programm beteiligt. Die Beispiele aller bisherigen Teilnehmer zeigen, dass sich ein umweltbewusster Ansatz über alle Branchen hinweg auch finanziell rechnet. Dies kann Anreiz für Unternehmen sein, auf Ressourceneffizienz zu achten. Zusammen mit einer transparenten Umweltberichterstattung erwarten wir ein offensives Marketing, das Stadt und Region als zuverlässigen und innovativen Standort ausweist. Aktiv gefördert werden soll die Ansiedlung von Unternehmen, die sich der Steigerung der Ressourcenproduktivität verpflichtet haben. Ein derartiges Wirtschaftskonzept bringt Image- und Wettbewerbsvorteile. Umweltqualitätsziele werden so zu einem Standortvorteil.

Wir wollen die weitere Profilierung des Wirtschaftsstandortes Chemnitz. Dies erfordert eine leistungsfähige Infrastruktur mit sozialen Standards. Wir plädieren für die Revitalisierung von Industriebrachen und sind gegen neue Gewerbegebiete auf der "grünen Wiese". Wir befürworten die Subventionierung von Verkäufen städtischer Gewerbegrundstücke und Immobilien zur Unterstützung von Firmenansiedlung und -erweiterung. Diese Subventionen müssen transparent, gleichberechtigt und nach einheitlichen Kriterien erfolgen. Kleine und mittlere regional tätige Unternehmen dürfen dabei nicht benachteiligt werden. Zentrales Kriterium muss die nachprüfbare Schaffung von auf Dauer angelegten Arbeitsplätzen sein.

Die Chemnitzer Universität ist für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt ein wichtiger Faktor. Wir unterstützen die vielfältigen Formen des Austausches und der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Universität (z.B. Kooperationsvertrag, Stiftung, Techno-Park). Angesichts des absehbaren Fachkräftemangels setzen wir uns dafür ein, dass sich Chemnitz noch stärker als Bildungsstandort in Sachsen profiliert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die Privatisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge ab. Wir wollen, dass die Bereiche Energie, Wasser, Entsorgung und Mobilität in kommunaler Hand bleiben.

Eine-Welt-Politik beginnt in unserer Stadt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen deshalb die entwicklungspolitische Arbeit von Initiativen und Vereinen, die Vermarktung von Produkten aus fairem Handel und die Pflege von Städtepartnerschaften.

## **Finanzen**

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist ein maßvolles Haushalten selbstverständlich. Wir wollen unsere Stadt trotz stark begrenzter Ressourcen zukunftsfähig machen. Politische Leitbilder und Deklarationen müssen sich an ihrer haushalterischen Umsetzbarkeit messen lassen. Ein „Weiter wie bisher“ ist für uns keine Antwort auf Dauerarbeitslosigkeit, demographische Veränderungen und Klimawandel. Wir unterstützen das Schuldenabbauprogramm der Stadt Chemnitz. Dies ist nach unserer Auffassung der richtige Weg, um als Kommune handlungsfähig zu bleiben.

Die Bevölkerungsanzahl von Chemnitz wird weiter abnehmen. Der Rückgang hat negative Auswirkungen auf die Schlüsselzuweisungen des Freistaates. Ebenfalls rückläufig sind die an die Kommunen ausgereichten Mittel des Solidarpakts II. Diese Bundesergänzungszuweisungen für die ostdeutschen Bundesländer laufen 2019 aus. Obwohl die Gewerbesteuererinnahmen in Chemnitz in den letzten Jahren gestiegen sind und auch bei dem kommunalen Anteil an der Lohn- und Einkommenssteuer ein leichter Anstieg erwartet wird, ist nicht davon auszugehen, dass Chemnitz das Abschmelzen der staatlichen Transferleistungen durch höhere Steuereinnahmen kompensieren kann.

Während die Einnahmen in den nächsten Jahren zurückgehen, werden die Ausgaben steigen. So hat Chemnitz die durch Bund und Land auf die Kommunen übertragenen Sozialaufgaben zu erfüllen, ohne dass der Stadt hierfür ausreichende Mittel zugewiesen worden sind. Auf die Höhe der gesetzlich begründeten Ansprüche hat die Gemeinde ebenso wenig Einfluss wie auf die Zahl der Anspruchsberechtigten. Angesichts der Altersstruktur der Chemnitzer Bevölkerung müssen langfristig auch mehr Mittel für die Grundsicherung im Alter eingeplant werden.

Daher ist es umso wichtiger, die kommunal beeinflussbaren Ausgaben mit Bedacht zu tätigen. Wichtigstes Kriterium für städtische Haushaltsentscheidungen muss deren Nachhaltigkeit sein. So unterstützen wir z.B. das ambitionierte Schulsanierungsprogramm, welches zwar große Geldmittel bindet, aber eine Investition in die Zukunft darstellt. Wir plädieren dafür, bei allen Baumaßnahmen mehr Mittel für die energetische

Sanierung bereitzustellen, denn nur so lassen sich Betriebskosten einsparen. Die Stadtverwaltung fordern wir auf, den Einsatz von Software, die einer freien Lizenz unterliegt (OpenOffice.org, Mozilla, Linux, Ubuntu etc.) zu prüfen, um die entsprechenden Lizenzgebühren einzusparen.

Chemnitz wird 2010 eine Bilanz aufstellen und die Kosten- und Leistungsrechnung einführen. Dann wird erstmals das gesamte kommunale Vermögen dargestellt sein und der Ressourcenverbrauch für alle kommunalen Aktivitäten transparent werden. Das ist eine Voraussetzung, um nachhaltig wirtschaften zu können. Die Kosten und Leistungsrechnung kann jedoch nicht alle Bereiche unserer Lebensqualität erfassen: Klima, Luft, Wasser, Boden, Pflanzen und Tiere, Bildung und Gesundheit sind nicht in Euro und Cent darstellbar.

## **Stadtentwicklung und Mobilität**

### **Stadtentwicklung**

Die Chemnitzer Bevölkerungsanzahl schrumpft weiter. Dem momentanen Schrumpfungsprozess unserer Stadt setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen geordneten Rückbau entgegen, der seinen Schwerpunkt in den Außenbereichen der großen Wohngebiete hat. Abriss sollte nur dann gefördert werden, wenn städtebauliche, soziale und ökologische Verbesserungen erreicht werden. Wir sind nicht grundsätzlich gegen einen Rückbau von Wohnhäusern. Wir wenden uns aber gegen Abrisse in intakten Wohnquartieren und von denkmalgeschützten Gebäuden. Die Perforation von Stadtquartieren durch Abriss einzelner Häuser führt mittelfristig zu einer qualitativen Entwertung ganzer Stadtteile. Gerade kompakte Siedlungsbereiche begünstigen lebendige Nachbarschaften, schaffen Identität, soziale Stabilität und befördern eine Stadt der kurzen Wege. Wir unterstützen Wohnprojekte, Wohnraumkonzepte und alternative Nutzungen, die Perspektiven für vom Rückbau bedrohte Stadtquartiere aufzeigen.

Stadtumbau ist mehr als Rückbau, weshalb städtebauliche Aufwertungsmaßnahmen für die Erhöhung der Stadt- und Wohnqualität wichtig sind. Wesentliche Parameter sind dabei die Verbesserung des Wohnumfeldes, die Instandsetzung und Modernisierung erhaltenswerter, stadtbildprägender Bausubstanz und die Verbesserung der sozialen, kulturellen und technischen Infrastruktur. Zum Erreichen dieser Ziele fordern wir eine kurzfristige Neuorientierung der Förderkriterien für den Stadtumbau in Sachsen. Wir sehen das Land in der Verantwortung, die sächsischen Städte und Gemeinden dabei zu unterstützen. Wir halten es für erforderlich, dass die Bürgerinnen und Bürger über

Stadtumbau- und Rückbaukonzepte frühzeitig informiert und an ihnen beteiligt werden. Einwohnerversammlungen bieten Informationen, ersetzen aber nicht die Beteiligung.

Die Entwicklung der Stadt sollte sich aus ökonomischen und ökologischen Gründen vorwiegend im Innenbereich, d.h. im Zentrum und den umliegenden dichten Stadtquartieren, vollziehen. Die Landschaftszersiedelung und einen weiteren Flächenverbrauch durch Gewerbe- und Wohnbau am Rande der Stadt lehnen wir ab. Unsere Innenstadt muss zu einem lebenswerten Ort für Wohnen, Handel und Gewerbe werden. Wir wollen den Wegzug von Familien aufhalten und den innerstädtischen Einzelhandel und das kleine und mittlere Gewerbe unterstützen. Dazu sind auch Instrumente einzusetzen, die Wettbewerbsvorteile des Handels auf der „grünen Wiese“ ausgleichen. Der Wohnungsbau muss auf die Erhaltung und Erneuerung des Bestandes konzentriert werden. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehört zu einer nachhaltigen und zukunftsweisenden Stadtentwicklungspolitik auch ein dauerhaftes Bauverbot in Frischluftzonen.

## **Verkehr**

Chemnitz hat ein gut ausgebautes Verkehrsnetz. Weitere neue Straßen sind nicht nötig. Straßenbauprojekten stimmen wir nur zu, wenn damit eindeutig eine Minimierung von Verkehrs-, Feinstaub- oder Lärmbelastung für die Bürger verbunden ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind gegen die Verlängerung des Südrings über die Neefestraße hinaus in Richtung Rottluff. Der Südring leitet den Verkehr bereits jetzt zur ausgebauten Autobahnanschlussstelle Chemnitz-Süd. Eine Verlängerung des Ringes parallel zur Bundesautobahn 72 wäre ökologischer und ökonomischer Unsinn.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren und sind gegen die Verlängerung des Südverbundes, da diese für unsere Stadt keine nennenswerten Vorteile bringen wird. Da durch den fortgeschrittenen Bau bis zur Augustusburger Straße eine Fortführung des Südverbundes nicht mehr zu vermeiden ist, fordern wir intensive Ausgleichsmaßnahmen im Zeisigwald, dem ältesten Stadtwald von Chemnitz. Ein Austausch der Tier- und Pflanzenarten ist durch gebietszerschneidende Straßen kaum möglich. Daher müssen im Bereich des Zeisigwaldes „Grüne Brücken“ fachkundig gebaut und betreut werden, damit Tiere in ihrem gewohnten Raum weiterhin ohne Gefahr leben können.

Ein benutzerfreundlicher Personennahverkehr, sichere Gehwege und vernetzte Radwege sind Voraussetzungen für umwelt- und sozialgerechte Mobilität. Das Umsteigen auf umweltverträgliche Verkehrsmittel ist mehrheitlich möglich. Um dies zu forcieren, muss das „Chemnitzer Modell“ z.B. nach Limbach-Oberfrohna fortgesetzt werden. Zudem muss ein Angebot für TouristInnen geschaffen werden, welches die 'kostenfreie' Nutzung des ÖPNV mit rabattierten Eintrittspreisen für kulturelle Einrichtungen verknüpft.

---

Wir benötigen weitere Schnittstellen zwischen den Trägern des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs und des Individualverkehrs. Das Liniennetz der CVAG ist attraktiver geworden. Das Tagestaktschema muss bis 20 Uhr ausgedehnt werden.

Der ÖPNV hat beim Klimaschutz eine Schlüsselfunktion. Somit ist er für alle eine kostengünstige und umweltschonende Alternative zum eigenen Auto. Gerade für sozial schwache Menschen sind Bus und Bahn oftmals die einzige Möglichkeit, mobil zu bleiben und somit letztlich am gesellschaftlichen Leben teil zu haben. Deshalb wollen wir den ÖPNV weiter ausbauen.

Für viele Bürgerinnen und Bürger sind öffentliche Mobilitätsangebote zur Teilnahme am beruflichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben notwendig. Kein Mensch darf aus Kostengründen von dem sozialen Grundbedürfnis nach Mobilität ausgeschlossen sein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern ein Mobilitätsticket zur Gewährleistung des Grundbedürfnisses an Mobilität. Das Ticket soll mindestens Fahrten in der jeweiligen Tarifzone des Wohnortes umfassen. Nutzungsberechtigt sollen Menschen sein, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (SGB II), Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe (SGB XII) beziehen sowie Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Der Preis des Mobilitätstickets soll 50 Prozent des jeweiligen Normalpreises einer Monatskarte nicht überschreiten.

Besonders Menschen mit Behinderungen sind auf den ÖPNV angewiesen, um am Leben der Gemeinschaft teilnehmen zu können. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb den barrierefreien Ausbau des ÖPNV. Wir werden uns auch weiterhin für Außenansagen von Bussen und Bahnen an ÖPNV Knotenpunkten einsetzen, damit sich blinde und sehbehinderte Menschen im Haltestellenbereich besser orientieren können.

Fußgängerfreundlichkeit bleibt ein Schwerpunkt grüner Verkehrspolitik. Wir fordern ein attraktives engmaschiges Fußwegenetz in Chemnitz. Dabei ist auf eine ausreichende Dimensionierung des Gehbereichs und eine Vernetzung mit den übrigen Verkehrsmitteln zu achten. Bei allen Bauvorhaben müssen die Interessen von Fußgängern stärker berücksichtigt werden. Anknüpfend an unsere bereits im Stadtrat eingebrachten Initiativen werden wir uns mit Nachdruck für Fußgänger-Querungshilfen einsetzen. Die Wartezeiten für Fußgänger an Ampeln sind zu verkürzen. Dabei ist jedoch die Vorrangschaltung für Busse und Bahnen konsequent umzusetzen. Die „Grüne Welle“ sollte so weit wie möglich erhalten bleiben, um die Feinstaub- und Lärmbelastung zu verringern. Wir drängen darüber hinaus auf den ökologisch sinnvollen Ausbau von Wanderwegen, besonders in und um unsere ländlichen Stadtteile.

Die Takte auf der so genannten Studentenlinie zwischen der Innenstadt und den Bereichen der Universität müssen verdichtet werden. Auch Fahrradwege könnten dazu beitragen, dass die Innenstadt und der Campus verbunden sind. Die viel befahrene Reichenhainerstraße trennt einzelne Universitätsbereiche vom Campus. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Verkehrsberuhigung im gesamten Universitätsgelände ein.

Bahnhöfe sind Stadteingänge. Entsprechend attraktiv und benutzerfreundlich müssen sie sein. Wir treten für den Ausbau der Sachsen-Franken-Magistrale ein.

## **Soziales, Jugendhilfe und Chancengleichheit**

### **Soziales und Jugendhilfe**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine solidarische und gerechte Stadtgesellschaft, die allen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Unabhängig von sozialem Status, Einkommen und Alter müssen Jede und Jeder die Möglichkeit haben, aktiv am Stadtleben teilnehmen zu können. Wir wollen eine soziale Stadt, die niemanden ausgrenzt. Alle sollen darauf vertrauen können, dass sie die Hilfen bekommen, die sie in ihrer persönlichen Situation brauchen und die ihnen Perspektiven für die eigene Entwicklung eröffnen. Wir wollen Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Hilfesuchenden stärken und wenden uns gegen Bevormundung und Fremdbestimmung.

Wer ganztätig arbeitet, muss von dem Einkommen leben können. Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaften nach existenzsicherndem Mindestlohn. Dieser Standard muss von Stadt und kommunalen Unternehmen z.B. bei Ausschreibungen oder Aufgabenausgliederung konsequent durchgesetzt werden. Die Initiative Grundeinkommen unterstützen wir. Freiwillige Arbeit soll gefördert und durch städtische Leistungen belohnt werden. Sich bildende Stadtteilgenossenschaften sollen unterstützt werden.

Wer auf soziale Leistungen angewiesen ist, muss diese menschenwürdig und ohne Schikanen erhalten. Verwaltungs- und Entscheidungsverfahren müssen für die Hilfesuchenden nachvollziehbar und transparent sein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für unabhängige Beratung der Betroffenen ein - sei es über rechtliche Ansprüche auf Sozialleistungen, bei Schulden, persönlichen und familiären Problemen oder in schwierigen Lebenslagen. Mütter und Väter sollen alle mit der Geburt ihres Kindes verbundenen Angelegenheiten (Kindergeld, Geburtsurkunde, Vaterschaft, Sorgerecht, Elterngeld) an einer zentralen Anlaufstelle erledigen können.

---

Der Anstieg der Energiepreise entwickelt sich zu einem sozialen Problem. Der Preisauftrieb belastet einkommensschwache Haushalte besonders stark und verschärft soziale Probleme wie Einkommensarmut, Niedriglöhne und unzureichende Grundsicherung. Konsequenter Ressourcen- und Klimaschutz wird zur Grundlage sozialer Gerechtigkeit und gleichberechtigter Teilhabe.

Der beste Schutz gegen steigende Energiepreise ist ein sinkender Energieverbrauch. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auch einkommensschwache Haushalte an den Kosteneinsparungen profitieren lassen, die moderne effiziente Haushaltsgeräte sowie gut gedämmte und modern versorgte Gebäude bieten. Wir fordern für Chemnitz ein Wohnraumsanierungsprogramm, welches Quartiere in sozialen Brennpunkten einschließt, die Übernahme der Kosten der Unterkunft auch für energetisch sanierten Wohnraum, Energieberatung und Energiesparhilfen für Sozialleistungsempfänger, Sicherstellung der Grundversorgung mit Energie für alle Chemnitzer Haushalte sowie Vermeidung von Strom- und Gassperren.

Kinder sind unsere Zukunft. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für die kinderfreundliche Gestaltung der Wohngebiete und eine besondere Berücksichtigung kindlicher Bewegungsbedürfnisse ein. Spielplätze sind zu erhalten, Spielplatzpatenschaften sind von der Stadt zu befördern, auf Spielplätzen sind mehr Bänke aufzustellen.

Das Recht auf einen Kindergartenplatz ist in Chemnitz gesichert. Das Angebot von Kinderplätzen geht in einigen Stadtteilen jedoch am Bedarf vorbei. Wir treten für wohnungsnaher Kinderbetreuung ein. Das Defizit an Krippenplätzen ist abzubauen. Der Anteil von Einrichtungen in freier Trägerschaft ist zu erhöhen. Die Beteiligung der Eltern am Verfahren zur Übergabe von Kindertrageseinrichtungen an Träger der freien Jugendhilfe ist zu gewährleisten. Freie Träger, die unterschiedliche Arbeitsfelder (z. B. Hort, offene Kinder- und Jugendarbeit, Schule, Beratungsstellen, Tagespflege, betreute Spielplätze) zum Wohle der Kinder im Sozialraum miteinander vernetzen, sollen bei der Übergabe von Kindertageseinrichtungen mehr berücksichtigt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädieren für mehr integrative Angebote in Chemnitzer Kindertagesstätten und Schulen. Viele Kinder und Jugendliche in unserer Stadt sind auf existenzsichernde Leistungen angewiesen. Sie leiden unter materiellen Problemen, aber auch an der Ausgrenzung von Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Das Problem der Kinderarmut muss auch kommunal bekämpft werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt daher alle Initiativen, die die Teilhabechancen von sozial benachteiligten Kindern erhöhen. Dazu zählen zum Beispiel die Übernahme der Kosten für Lernmittel, Schulmahlzeiten und die Inanspruchnahme von Sportangeboten.

Das vielfältige Jugendhilfeangebot in unserer Stadt muss erhalten bleiben, insbesondere sind gruppenspezifische Förderungen notwendig. Um den Stadtteilen eine Perspektive zu geben, müssen auch entgegen der demographischen Entwicklung Jugendfreizeiteinrichtungen vorgehalten werden. Bereits jetzt sind in unserer Stadt bestimmte soziale Gruppen in einzelnen Stadtteilen unterrepräsentiert. Diesem Prozess muss unbedingt entgegengewirkt werden.

Ein steigender Anteil der Chemnitzer Bevölkerung ist heute über 60 Jahre alt. Momentan ist die Situation der älteren Menschen in Chemnitz vergleichsweise gut, gravierende Verschlechterungen durch vielfach unterbrochene Erwerbsbiographien, Arbeitslosigkeit und Bildungsnotstand sind jedoch in absehbarer Zeit zu erwarten. Die Zahl der auf Unterstützung und Pflege angewiesenen Hochbetagten wächst.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Solidarität zwischen Alt und Jung ein, die sich den Herausforderungen durch demographischen Wandel und zunehmende Altersarmut stellt. Wir unterstützen die Bildung von Netzwerken, um mehr als bisher bürgerschaftliches Engagement zu aktivieren. Bis ins hohe Alter sollen die Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

### **Chancengleichheit**

Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Dieser Grundsatz ist in Chemnitz in allen Bereichen durchzusetzen. Männer und Frauen müssen die gleichen Lebens- und Zugangschancen haben. Auch Männer sollten verstärkt die Möglichkeit nutzen und erhalten, ihr Leben durch Kindererziehungszeiten zu bereichern.

Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern beginnt bereits in der Kindheit. Die Sensibilisierung von Erzieherinnen in den Kindertageseinrichtungen für das Thema ist uns genauso wichtig, wie die Beförderung der Akzeptanz des Erzieherberufes für Männer. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen Anstrengungen, das Berufswahlspektrum von Mädchen und jungen Frauen auf zukunftssträchtige, besonders technische Berufe, zu erweitern und unterstützen entsprechende Initiativen.

Wir treten für eine stabile Finanzierung des Frauenhauses, der Interventions- und Kontaktstelle gegen häusliche Gewalt (IKOS) sowie von Vereinen ein, die in Not beraten. Im Frauenzentrum Lila Villa arbeiten Frauenvereine, -verbände und -initiativen seit Jahren erfolgreich. Diese Aktivitäten unterstützen wir. Wir sind für den Erhalt der Lila Villa.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die konsequente Umsetzung der Chancengleichheit für alle Menschen. Das Argument „Barrierefreiheit kostet zuviel“ lassen wir nicht gelten,



denn Menschen mit Behinderung haben die gleichen Rechte auf Teilhabe wie Menschen ohne Behinderung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich auch weiterhin für die konsequente Umsetzung von Barrierefreiheit in der öffentlichen Verwaltung, bei kulturellen und sozialen Angeboten, in Bildungseinrichtungen und beim ÖPNV einsetzen. Darüber hinaus unterstützen wir Projekte, die zum besseren gegenseitigen Verständnis zwischen Menschen mit und ohne Behinderung beitragen, wie beispielsweise das Ausstellungskonzept „Dialog im Dunkeln“.

## **Bildung, Kunst, Kultur und Sport**

### **Bildung**

Die Kindertageseinrichtungen entwickeln sich von reinen Betreuungs- zu Bildungseinrichtungen. Diese Qualitätsentwicklung ist mit weiteren finanziellen Anstrengungen verbunden, so dass derzeit auf die Erhebung von Elternbeiträgen noch nicht verzichtet werden kann. Ziel ist es aber, den Besuch der frühkindlichen Bildungseinrichtungen kostenfrei zu gestalten. Alle Eltern sollen die Möglichkeit erhalten, eine Essensversorgung ihrer Kinder nach dem Bio-Standard zu wählen.

Der Ausdünnung des Schulnetzes muss eine Qualitätsverbesserung an den verbleibenden Schulstandorten folgen. Grund- und Mittelschulen müssen zu Ganztagschulen ausgebaut werden. So kann auch eine stärkere Verankerung der Schulen in den Stadtteilen erreicht werden. Die Stadt muss engagierte Schulleiter, Eltern und Lehrer bei der Entwicklung der pädagogischen Konzepte für Gemeinschaftsschulen unterstützen. Gemeinschaftsschulen können nur gelingen, wenn längeres gemeinsames Lernen mit einer kontinuierlichen Entwicklung der Schulkultur und entsprechender pädagogischer Konzepte (Lernkultur) einhergehen.

Chancengleichheit in der Bildung ist die Voraussetzung für Integration. Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche müssen für Familien weiter finanzierbar bleiben. Wir begrüßen das Modellprojekt „Freier Eintritt für Kinder in städtischen Museen“ und setzen uns für eine Ausweitung dieses Angebotes auf das Industriemuseum und das Museum Gunzenhauser ein. Die Chemnitzer Museen sollen kindergerechte Angebote entwickeln.

---

## **Kunst und Kultur**

Die Kunst ist frei, braucht aber Förderung. In Sachsen ist Kunst- und Kulturförderung verfassungsmäßiger Auftrag. Als Oberzentrum hat die Stadt einen Kulturauftrag für die Region, muss mit ihren „Leuchttürmen“ aber auch über den Freistaat Sachsen hinausstrahlen.

Chemnitz ist eine lebendige Stadt mit einem Vier-Sparten-Theater, Kunst-, Naturkunde- und Technikmuseen, mit Stadthalle, Stadtbibliothek, Volkshochschule, Filmwerkstatt, Alternativem Jugendzentrum, Weltecho, Kunstvereinen und -initiativen. Das jährliche Sächsische Mozartfest wird in der Stadt und in der Region gefeiert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind für Erhalt dieses Reichtums und unterstützen zukunftsfähige Konzepte, besonders solche, die den Kunst- und Kulturtourismus nach Chemnitz fördern. Das positive Image der Stadt und der Tourismus helfen, trotz Bevölkerungsrückgangs, den hohen Kultur- und Bildungsanspruch umzusetzen und die Vielfalt zu erhalten. Es ist uns wichtig, die Kreativszene in dieser Stadt zu halten und zu etablieren.

Bei der Pflege des kulturellen Erbes kann es nicht nur um die Bewahrung und Sicherung materieller Güter gehen. Wenn Interesse und Begeisterung für Kunst und Kultur geweckt werden sollen, müssen auch Erlebnisse geschaffen und Kompetenzen ausgebildet werden. Die Bedeutung einer frühen musischen Erziehung für die Entwicklung von Kindern ist bekannt. Die Stadt und ihre kulturellen Einrichtungen haben hier einen klaren Bildungsauftrag. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die städtische Musikschule als kommunale Einrichtung erhalten bleibt und in ihrem Angebot weiter ausgebaut wird. Wir plädieren für die Schaffung einer Jugendkunstschule und die Vergabe von Stipendien an Kunststudenten, die jeweils für ein halbes Jahr in Chemnitz wirken können. Stipendien und Honorare für renommierte Lehrer sollten über die Stiftung Gunzenhauser ausgereicht werden.

## **Sport**

In Chemnitz gibt es viele Sportvereine, in denen Menschen sich ehrenamtlich engagieren. Bewegungsmangel ist eine zunehmende Krankheitsursache, die gesundheitsfördernde Rolle des Sportes ist daher besonders wichtig. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht der Breitensport im Zentrum der Sportpolitik. Die Sportförderung in Chemnitz ist zu stark auf den CFC fokussiert. Das ist eine Benachteiligung anderer Sportvereine. Verbesserung der sportlichen Infrastruktur und finanzielle Entlastung der Vereine ist konsequente Förderung des Breitensportes. Die Markthalle sollte zu einem modernen Sport- und Kulturzentrum umgebaut werden.

---

## **Demokratie und Bürgerrechte**

### **Demokratieentwicklung**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilen die Auffassung, dass der Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Längst ist er kein ausschließliches Phänomen am rechten Rand der Parteienlandschaft mehr und auch das Bild von „wenigen fehlgeleiteten“ Jugendlichen trifft nicht den Kern, wenn es um die Beschreibung und Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Antisemitismus geht.

Demokratiefeindliche, abwertende und die Ungleichheit der Menschen befürwortende Einstellungen finden sich in allen gesellschaftlichen Gruppen, allen Alterssegmenten und allen Bildungsschichten der Gesellschaft. Dieses Einstellungspotential bildet auch die Basis für den Einzug von Rassisten und Antisemiten in die Parlamente. Wir wissen, dass neben wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit auch das Infragestellen der Demokratie einen Nährboden für das Erstarken rechtsextremer und antisemitischer Einstellungen bildet. Unsere Demokratie ist nicht perfekt, deshalb müssen wir daran arbeiten, sie auf der Grundlage unseres Wertefundamentes weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch, Defizite kritisch zu hinterfragen und mehr direkte Demokratie, bspw. mit Bürgerbegehren, zu wagen.

Rechtsextremes Denken ist immer dort dominant, wo es einen Mangel an demokratischem Bewusstsein und fehlende ernst gemeinte Beteiligungsmöglichkeiten gibt sowie die Stärke von Pluralität nur eine untergeordnete Rolle spielt. Hier sehen wir Handlungsbedarf. Wir wollen, dass die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungen, die ihren Alltag und ihre Lebensperspektive beeinflussen, sich nicht in formalen, intransparenten Verfahren erschöpfen. Mitwirkung muss auch gewollt sein und gefördert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine lebendige und kritische Diskussionskultur in unserer Stadt fördern, die Meinungsvielfalt bejaht und dennoch Grenzen bei der menschenverachtenden, völkisch nationalen Ideologie setzt, für die auch die NPD steht. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger von Chemnitz ermutigen, Zivilisiertheit auch unter schwierigen Bedingungen durchzuhalten und Menschenrechte als unantastbar zu verteidigen. Präventive Ansätze sind aus unserer Sicht dafür langfristig tragfähiger als das ausschließliche Setzen auf Repression. Dazu benötigen wir auch in unserer Stadt die vielfältigen Initiativen von Zivilgesellschaft, Kirche, Wirtschaft, Politik und Verwaltung.

---

Der „Lokale Aktionsplan für Demokratie und Toleranz“, der auch Ergebnis unserer kommunalpolitischen Arbeit ist, bietet dafür gute Möglichkeiten. Wir wollen, dass sich noch mehr Bürgerinnen und Bürger an der Fortschreibung seiner Ziele beteiligen können und wir treten für die Verstärkung der finanziellen Ausstattung des Lokalen Aktionsplanes in den nächsten 5 Jahren ein. Wir erwarten, dass sich auch die kommunalen Betriebe diesem Thema zuwenden und eigene Initiativen ergreifen.

Wir wollen das Bewusstsein entwickeln, dass rechtsextreme Parteien, Bündnisse oder Rechtsextremisten nicht gewählt werden.

### **Bürgerrechte**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen Videoüberwachung ab. Durch die Videoüberwachung wird der öffentliche Raum und damit das Persönlichkeitsrecht eingeschränkt. Straftaten werden nicht merklich reduziert, sondern allenfalls verschoben. Videoüberwachung ist das Gegenteil einer demokratischen Politik der öffentlichen Sicherheit, ist das falsche Mittel, um Konfliktsituationen zu verhindern. Videoüberwachung verdrängt die Probleme und Konflikte eher in andere, nicht überwachte Straßenzüge. Statt Videoüberwachung ist es sinnvoller, mit kulturellen, sozialen und planerischen Maßnahmen zu reagieren.

Auf Grundlage des Sächsischen Datenschutzgesetzes haben die sächsischen Einwohnermeldeämter die Möglichkeit, die Daten der Bürgerinnen und Bürger an Unternehmen zu verkaufen, sofern die Bürgerinnen und Bürger dieses bei ihrer An- oder Ummeldung nicht explizit verbieten. Den meisten Bürgerinnen und Bürgern ist nicht bewusst, dass ihre Daten weitergegeben werden dürfen. Statt einer Weitergabe von Meldedaten widersprechen zu müssen, sollte der Handel mit personenbezogenen Daten durch Meldeämter verboten und nur durch explizite Genehmigung des/der einzelnen Bürgers/Bürgerin zulässig sein. Wir treten dafür ein, dass Chemnitz generell auf den Handel mit persönlichen Daten ihrer Bürgerinnen und Bürger verzichtet.